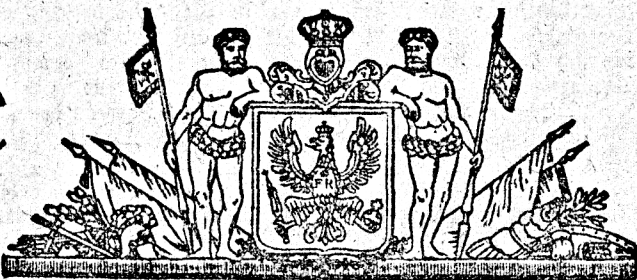


Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 500 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Die englischen Umtriebe im Baltikum.

Die Niederlage Judenitschs bei Pskow.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Stockholm, 31. August.

Ueber Finnland wird von russischer Seite berichtet, daß Judenitsch's offizielles russisches Informationsbüro in Helsinki meldet, General Judenitsch habe „die Ausrottung der anarchistischen und staatsfeindlichen Elemente, die sich in Form sogenannter grüner Freischaren innerhalb der russischen Nordwestarmee gebildet hätten, begonnen, indem er den gesamten unter dem General Rubat Balachowitsch stehenden Stab dieser grünen Truppen verhaftet ließ.“

Diese offizielle Meldung von Judenitsch entspricht nicht ganz den Tatsachen. Wir konnten bereits melden, daß die von Judenitsch befehligte Nordwestarmee in jüngster Zeit allmählich von rund 80 000 Mann auf die Hälfte zusammen geschmolzen war, die andere Hälfte nach und nach in ihre Heimatdörfer desertierte oder aber zu den gegenüberstehenden Räteruppen übertrat. Die Stempelung der grünen Freitruppen zu „Anarchisten und Staatsfeinden“ trifft aber insofern nicht zu, als gerade diese Truppen den einseitigen Ursprung für die von Judenitsch angeworbene Freiwilligenarmee darstellten. Richtig ist vielmehr, daß bei der Anwerbung folgendes bekanntgegeben worden war: 1. daß es sich keineswegs um die Wiederaufrichtung des Zarismus in Rußland handele, 2. daß weder fremdländische (will sagen britische) Militärmissionen noch fremdländische einzelne Offiziere die angeworbenen Truppen befehligen würden, und 3. daß der Befehlshaber Judenitsch im Einverständnis mit der estnischen Regierung handeln würde. Diese drei Bedingungen wurden nicht eingehalten. Die Erklärung von Judenitsch, daß er Admiral Koltshak als Oberbefehlshaber anerkenne, bricht schon den ersten Punkt, da Koltshak bei der Anwerbung als Hauptvertreter des russischen Zarismus galt und gilt.

Als sich herausstellte, daß der britische Diktator für die Ostprovinzen, General Gough, und dessen Bevollmächtigter für Estland, General March, die eigentliche militär- und verwaltungstechnische Leitung der von Judenitsch angeworbenen Nordwestarmee innehaben, da wurde der Miß noch größer, und als bekannt wurde, daß General Gough durch Drohung und Proklamation den rein sozialistischen Flügel der estnischen Rennerung enifern hatte, also eine nordwestrussische Regierung künstlich schuf und mit dem Gedanken umging, das wiedereroberte Petersburg zunächst als Mandatar des Völkerbundes zu verwalten, da gab es kein Halten mehr. Die Zahl der Deserteure und Ueberläufer stieg von Tag zu Tag. Und als sich die Räteruppen Pskow näherten, hatte Judenitsch nur noch 15 000 Mann, die auch nur unlustig kämpften. Pskow wurde so auch eigentlich nicht erobert, sondern von den verstimmteten Truppen Judenitsch's preisgegeben.

Der General Nikolai Balachowitsch, den das offizielle Communiqué von Judenitsch jetzt als einen Anarchisten und Staatsfeind bezeichnet, hat im allgemeinen kein Fehl daraus gemacht, daß er England als den eigentlichen Feind des befreiten Großrußland betrachtet. Daraus erklärt sich auch, daß er schon vor Monaten, als er noch das Vertrauen von Judenitsch genoß, seine Entlassung von Judenitsch verlangte. Judenitsch's schlug damals aber das Gesuch ab. Als darauf Judenitsch sein Stabsquartier nach Reval verlegte, um dort mit Hilfe der Engländer die nordwestrussische Regierung zu „erründen“, da hieß es eines Tages, der britische General March habe einen Postbefehl gegen Nikolai erlassen. Dieses Gerücht kostete der Nordwestarmee weitere 4000 Mann an Deserteuren innerhalb zweier Tage. Die dort ausgeübte rücksichtslose britische Zensur hat bisher jedes Bekanntwerden dieser Intrigen verhindert. Dem General Nikolai Balachowitsch ist es übrigens gelungen, seinen Feinden zu entkommen.

Max Theodor Behrman.

Die Unterdrückung des Deutschtums in Amerika.

Von

Alfons M. Ruesch.

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

New York, im August.

Sehr bald nach dem Ausbruch des Krieges zwischen dem Vereinigten Staaten und Deutschland wurde es jedem klar, daß die anglo-amerikanischen Machthaber in Washington darauf aus waren, nicht nur das Deutsche Reich, sondern zugleich auch das Deutschtum in Amerika zu vernichten, das ihnen von jeher ein Dorn im Auge gewesen ist. Man glaubte in Washington offenbar, daß die Gelegenheit günstig sei, um das amerikanische Deutschtum als kulturelle und politische Einheit mit Stumpf und Stil auszuroden. Es konnte von Anfang an kein Zweifel darüber bestehen, daß die Aktion gegen die Deutschen im Lande gründlich durchgeführt und von den höchsten Regierungsstellen geleitet werden sollte, deren man sich bediente, waren höchst einfach und primitiv. Sie bestanden hauptsächlich darin, daß man jede Regung des geistigen und geselligen Lebens der Deutsch-Amerikaner als loyal und verräterisch verdächtigte und damit die niedrigsten Instanzen der Massen gegen das Deutschtum aufzureizen suchte.

Die Schlagworte, die während der letzten Jahre bei der Hebe gegen das amerikanische Deutschtum mit besonderer Vorliebe gebraucht wurden, waren die Forderung nach einem „hundertprozentigen Amerikanismus“ und die Ausmerzung des vielgeläuterten „Bindestriches“, der die geteilte Nationalität der amerikanischen Bürger fremder Herkunft fundiert. Die Heuchelei, die in diesen Schlagworten steckt, ist so puritanisch-subtil, daß sie dem einfachen Mann nicht gleich offenbar wird. Die Forderung nach einem hundertprozentigen Amerikanismus wäre berechtigt, wenn die Bevölkerung dieses Landes eine einheitliche Nation darstellte, die sich aus eigener Kraft entwickelt hätte. Nunan kann aber gar keine Rede sein. Das Land verdankt seine wirtschaftliche Entwicklung fast ausschließlich den Eingewanderten, die ihr Können an Wissen und Handfertigkeit aus Europa mit herüberbrachten und damit in der neuen Welt den jungfräulichen Boden urbar machten und Handel und Industrie aufbauten. Duzende von blühendsten Industrien dieses Landes verdanken zum Beispiel nachweislich ihre Entstehung deutscher Einwanderern.

Der Kampf, der gleich zu Beginn des Krieges von den Ueberpatrioten und den fanatischen Parteigängern der Entente gegen das hiesige Deutschtum begonnen wurde, richtete sich zunächst gegen die wichtigsten Faktoren des amerikanischen Deutschtums, nämlich gegen die deutsche Sprache und gegen das deutsche Vereinswesen. Die deutsche Sprache sollte nicht nur als Umgangssprache, sondern auch als Beleggegenstand in den höheren Schulen unterdrückt werden. Die systematische Hebe hatte denn auch sehr bald den Erfolg, daß der deutsche Unterricht in den meisten Schulen fallen gelassen wurde, trotzdem Eingehige gegen ein derartig kurzschichtiges und sinnloses Verfahren protestierten. Die Verheerung der Massen, geistlich schließlich so weit, daß man sich auf der Straße nicht mehr der deutschen Sprache bedienen konnte, ohne sich der Gefahr auszusetzen, beschimpft und angegriffen zu werden. Man muß dabei bedenken, daß in New York allein etwa drei Viertel Million Deutsche und Oesterreicher wohnen, die zum großen Teil die englische Sprache nur sehr unvollkommen beherrschen. Die deutschen Zeitungen konnte man zuletzt nur noch verstohlen kaufen und in der Abgeschlossenheit seiner Behausung lesen. Die meisten Zeitungshändler boykottierten die „Sunnenpresse“, und es muß wirklich wundernehmen, daß die Mehrzahl der deutschsprachigen Zeitungen diese schwere Prüfungszeit, mit ihrem Abnehmerstchwund und dem gänzlichen Mangel an einträglichen Anzeigen, überhaupt überstanden hat.

Vor allem richteten sich aber die Bemühungen der Heber darauf, alle deutschen Namen und alle Bezeichnungen, die irgend welche Beziehungen zu etwas Deutschem verrieten, aus dem öffentlichen Leben auszumerzen. Zunächst wurden die ansässigen Straßennamen geändert. Aus der Hamburg Avenue in Brooklyn wurde eine Wilson Avenue, aus der Bremen Street eine Liberty Street und so weiter. Weniger Glück hatten die Reformen mit den deutschen Städtenamen. Es gibt in den Vereinigten Staaten tatsächlich Tausende von Städten und Dörfern, die deutsche Städtenamen tragen. Zum Beispiel gibt es nicht weniger als 52 Orte mit dem Namen Berlin. Die Hauptstadt und größte Stadt des Staates North Dakota heißt sogar Bismarck. Die meisten dieser deutschen Städtenamen bilden Denkmäler deutscher Pionierarbeit. Als die Fanatiker nun die Forderung aufstellten, daß alle diese Namen umgeändert werden sollten, da stießen sie denn doch auf erheblichen Widerstand. Die meisten der in Betracht kommenden Städte und Ortschaften weigerten sich ganz entschieden, eine solche radikale Veränderung vorzunehmen, die für geraume Zeit Handel und Verkehr erschweren mußte, und so bleiben denn die hunderttausend Städtenamen als unauslöschliche Schmach weiter bestehen. In South Dakota gibt es sogar ein — Rotterdam, Schwedisch, aber wahr.

Die Vorbereitungen zur Heimkehr

Die Bemühungen des Roten Kreuzes.

Auf den Entschluß des Obersten Rates der Alliierten in Paris war ohne Zweifel von entscheidendem Einfluß das Schreiben des internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf vom 22. August, das in der Morgenausgabe der „Vossischen Zeitung“ vom 27. auszugsweise wiedergegeben ist. Bei der großen Bedeutung, die dieses Dokument der Menschlichkeit gewonnen hat, geben wir es hier in wörtlicher Uebersetzung wieder:

„Das internationale Komitee vom Roten Kreuz, lediglich dem Gebote der Menschlichkeit gehorchend, wendet sich mit nachdrücklicher Bitte an Ihre hohe Autorität zugunsten einer möglichst beschleunigten Heimtschaffung der noch in den Ententeländern zurückgelassenen Kriegsgefangenen. Wenn die Lage dieser in der Mehrzahl nun schon seit mehreren Jahren in den Händen des Feindes sich befindlichen Gefangenen erbarmenswert erscheint, wieviel erbarmenswerter der Zustand ihrer Angehörigen, die seit schon so langer Zeit in größter Angst und Sorge leben! Der Waffenstillstand und noch in jüngster Zeit die Unterzeichnung des Friedensvertrages ließen jedesmal Hoffnungen aufkommen, die stets zusammengebrochen wurden. Die durch den Artikel 214 des Versailleser Vertrages vorgesehene Heimtschaffung soll sofort nach Inkrafttreten des besagten Vertrages erfolgen, d. h. sofort nach dessen Ratifizierung durch Deutschland, sowie durch drei Hauptstaaten unter den alliierten Mächten. Der Artikel 215 dagegen sieht die Zusammensetzung einer Hauptkommission mit mehreren Unterkommissionen vor, welche die Ausführungsweise der Repatriierung festsetzen sollen. Trifft es auch zu, daß der Vertrag bisher nur von Deutschland, nicht aber gleichzeitig von drei Hauptstaaten der alliierten Mächte ratifiziert wurde, so scheint, auch wenn wegen dieses formalen Grundes mit der Heimtschaffung nicht begonnen werden kann, als sollte doch der Erwägung der Mittel und Wege, wie diese Heimtschaffung ausgeführt werden soll, keinerlei Hindernisse entgegenstehen.“

Als es sich darum handelte, die in den Ententeländern internierten alliierten Kriegsgefangenen in die Heimat zurückzuführen, hatten Sie selbst Gelegenheit, die Schwierigkeiten einzuschätzen, die mit der Heimtschaffung von mehreren Hunderttausend Gefangenen verknüpft sind. Das heute vorliegende Problem scheint in Anbetracht der größeren Anzahl Kriegsgefangener, die noch in den Händen der Ententemächte verbleiben, sowie ihrer außerordentlichen Zerstreuung in verschiedenen Ländern noch viel komplizierter, befinden sich noch mehrere Hunderttausende außerhalb Europas und bis nach dem fernsten Asien.

Soll nun mit der Heimtschaffung dieser unachtern Menschenmassen unverzüglich nach Inkrafttreten des Friedensvertrages begonnen werden, und soll dieselbe noch vor Eintritt der kalten Jahreszeit beendet sein, so müssen bereits jetzt die verschiedenen Lösungen untersucht und die endgültigen Dispositionen im voraus getroffen werden.

Aus diesem Grunde treten wir mit der entschiedensten Bitte an Sie heran, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, damit die im

Artikel 215 des Friedensvertrages mit Deutschland vorgesehenen Sonderkommissionen unverzüglich ihre Tätigkeit aufnehmen und daß ähnliche Kommissionen zwecks Einberufenen mit der in Paris sich befindlichen österreichischen Delegation ernannt werden.

Diese Maßregeln werden viel dazu beitragen, die Stimmung der Angehörigen, von denen viele seit fünf Jahren ihrer Stühle beraubt sind, zu beruhigen. Sie werden beweisen, daß die alliierten Mächte nicht die Absicht hegen, die Kriegsgefangenen einem neuen Gefangenewinter auszusetzen, und daß sie im Gegenteil alle nötigen Dispositionen treffen, um die prompte Ausführung eines der wesentlichsten Punkte des Friedensvertrages zu gewährleisten.

In dieser bestimmten Erwartung bitten wir den Obersten Rat der Alliierten, den Ausdruck unserer ausgezeichneten Hochachtung zu genehmigen.

gez.: Edouard Neville, Präsident p. i.

gez. Alfred Gautier, Vize-Präsident.

Die Aktion des Roten Kreuzes wurde aufs nachdrücklichste unterstützt durch einen Artikel des „Journal de Geneve“ vom 28. August. Bemerkenswert darin ist der Hinweis auf die Tatsache, daß die deutschen Delegierten, die schon seit dem Monat Mai in Versailles waren, in der Hoffnung, an den Arbeiten der in Artikel 215 des Friedensvertrages vorgesehenen Kommission für die Gefangenensfrage, bisher niemand fanden, der sie anhöre. Weiter wird daran erinnert, daß Clemenceau bereits am 20. Mai die Ernennung der Kommission für die Kriegsgefangenenfrage angekündigt hat, „nach der Unterzeichnung von deutscher Seite“.

Das internationale Friedensbüro.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

ps Bern, 1. September.

Am Sonnabend begann hier der Rat des internationalen Friedensbüros, das die große Mehrzahl aller Friedensgesellschaften umfaßt, eine auf vier Tage berechnete nicht öffentliche Geschäftsitzung unter dem Vorsitz des belgischen Senators Lafontaine, der seit der letzten Ratssitzung im Jahre 1915 in Amerika weilte. Von Deutschland waren anwesend Quide, Feilberg, v. Gerlach, und Baron de Reussville, von Frankreich Arnould Nissen, Gaston Moth, de Foyers, von Oesterreich Alfred Fried, von Schweden Sandstedt, von der Schweiz Moriaug Bucher. England, dessen eigentliche Vertreter versähen sind, wird in den inoffiziellen Besprechungen durch Miß Plagne und Charles Weiß vertreten. Die letzte Sitzung beschäftigte sich hauptsächlich mit der Kritik der Leistungen des Friedensbüros, wobei vielfach die Meinungen auseinandergegangen sein sollen, doch wurde namentlich von de Foyers mit großer Wärme betont, daß die gemeinsame Arbeit der Friedensgesellschaften unter allen Umständen aufrecht erhalten und fortgeführt werden solle. Weitere Hauptpunkte der Verhandlungen werden der Ausbau des Völkerbundes und die Begegnung des Krieges sein.